Forschungszentrum aktuell

Mitteilungen des Forschungszentrums zu den Verbrechen des Stalinismus

Nr. 2/92 Dresden 29. Februar 1992

Klausurtagung von Bürgerkomitees, Opferverbänden und Forschungszentren

Ilsenburg. Im ehemaligen Stasiobjekt Schloß Ilsenburg im Harz trafen sich Mitte Februar 60 Vertreter von Bürgerkommitees, Opferverbänden und Dokumentationszentren, um die gegenwärtige Situation nach der Inkraftsetzung des Stasiunterlagengesetzes zu analysieren. Auf heftige Kritik stieß die Fixierung der öffentlichen Diskussion auf die Staatssicherheit: "Die Hauptverantwortlichen für das Repressionssystem der DDR saßen auch in der SED, den Blockparteien und den Ministerien, nicht nur im MfS." Die Bürgerkomitees forderten deshalb den Zugang zu allen Unterlagen staatlicher Organe und Parteien. Dies gelte auch für die Archive der ehemaligen Blockparteien LDPD, NDPD (heute FDP) und CDU, DBD (heute CDU), sowie die Unterlagen der ehemaligen politischen Polizei der DDR, der sogenannten KI, und die Unterlagen der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen.

Was die derzeitige Praxis der Akteneinsicht anbelangt, wurde festgestellt, daß Akteneinsicht für einige Prominente Aufdeckung und Aufarbeitung der Geschichte durch die Bevölkerung nicht ersetzen kann. Der freie Zugang zu den Stasiunterlagen würde durch bürokratische Hürden und völlige Unterbesetzung der Gauck- Behörde blockiert. Wesentliche Teile der Akten über die deutsch- deutschen Beziehungen verschwinden in den Panzerschränken des Bundesinnenministeriums. Deutsche Geheimdienste ergänzen ihre Personendossiers mit Hilfe von Stasiakten. Hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS würden im Verfassungsschutz, dem Bundesgrenzschutz und der Polizei weiter beschäftigt.

Die ehemaligen Auflöser des MfS aus den Reihen der Bürgerbewegung um das NEUE FORUM stellten fest: "Die Arbeit der Gauck- Behörde wird weder durch Parlamente, noch durch die Bevölkerung kontrolliert." Es sei deshalb notwendig, Landesbeauftragte in den sechs neuen Ländern mit Kontrollbefugnissen einzusetzen. Darüber hinaus müsse das Bundesinnenministerium die finanzielle und technische Ausstattung der Behörde endlich sicherstellen. Als ersten Schritt in Richtung auf die vom Gesetz vorgesehene Aufarbeitung und Forschung sah die Versammlung die Herausgabe von Duplikaten nicht vorgangsbezogener Unterlagen an die Forschungszentren an. Bisher sei dies noch nicht geschehen. Wenn diese Punkte nicht erfüllt werden, "verkomme das Stasiunterlagengesetz zur Farce." Die Bisher existierenden Forschungs- und Dokumentationszentren in Berlin, Dresden, Gera und Magdeburg beschlossen auf der Versammlung ihre Zusammenarbeit und erste gemeinsame Forschungsprojekte.

Inhalt:

Neue Stasi-Fälle im Sächsischen Landtag

Dresden. Nachdem bereits im Herbst des vergangenen Jahres vierzehn Abgeordneten des Sächsischen Landtages durch den sogenannten Bewertungsausschuß eine Niederlegung des Mandates empfohlen wurde, giebt es nun erneut zwei Stasifälle im Landtag. Wie die Dresdner Neuesten Nachrichten am 21. Februar berichten, war der CDU- Abgeordnete Eckard Weigel jahrelang inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Weigel hat danach für die Abteilung XVIII (Wirtschaft) der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl- Marx- Stadt unter dem Decknamen "Peter Sauer" gearbeitet. Die IM- Akte Weigels soll vernichtet worden sein. Jetzt tauchten allerdings auf Weigel zurückgehende IM-Berichte in Akten seiner Opfer auf. Dies veranlaßte Weigel sofort sein Mandat niederzulegen, ehe der Bewertungsausschuß ihm dies wohl empfohlen hätte. Weigel gehörte zu den 5 Abgeordneten des Landtages, denen der Ausschuß zwar eine Kategorisierung als IM nachweisen konnte, nicht aber "schlüssiges Handeln" für die Stasi, weshalb er eine Entscheidung über Weigel vertagte. Unterdessen gestand auch das Mitglied der KPD Uhlmann der Dresdner Morgenpost seine Tätigkeit für das MfS. Uhlmann gehört der Fraktion der PDS an und war ebenfalls einer der 5, über die der Bewertungsausschuß noch entscheiden will. Den in der Strafvollzugsanstalt Chemnitz arbeitenden Abgeordneten will jetzt das Justizministerium entlassen. Sein Landtagsmandat behielt Uhlmann allerdings. Damit hält er es wie vier weitere PDS- Abgeordnete und Axel Viehweger (ehemals FDP), die trotz Aufforderung durch den Bewertungsausschuß ihr Mandat nicht zurückgaben. Neben Dr. Bernd Donaubauer (SPD), Helmut Pfordte (CDU), Karl Sachse (CDU), Rudolf Krause (ehemaliger Innenminister/ CDU), Volker Nollau (ehemaliger Staatssekretär/ CDU), Dietrich Gregori (CDU), Eckmar Hähnel (CDU), Sigfried Pausch (CDU) und Herbert Schicke (CDU) ist Eckard Weigel (CDU) der 10 Abgeordnete, der sein Mandat zurückgab. Insgesamt muß der Bewertungsausschuß des sächsischen Landtages noch 15 Mitglieder der Regierung und 17 Abgeordnete überprüfen, sowie zu noch 4 Personen, bei welchen ein dringender Verdacht auf Stasitätigkeit vorliegt, eine Entscheidung fällen.

Impressum: (Hg.) IFM e.V./ Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus O- 8029 Dresden, Arthur- Weineck- Str. 5; Tel. 0051- 436392; **Spendenkonto:** Stadtsparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 Kontonummer: 315 130 664 Stichwort: Forschungszentrum **Redaktion:** Ekkehard Forberg, G. Krupp-Boulboullè **Archivleiter:** Thomas Rudolph **Für den Förderkreis:** Michael Arnold (NEUES FORUM)
Forschungszentrum aktuell erscheint am Ende eines jeden Kalendermonats.
Der Nachdruck von Artikeln ist bei Einsendung zweier Belegexemplare und unter Quellenangabe gestattet.
Bezugsbedingungen: Einzelexemplar: 3.50 DM Jahresabo(12 Ausgaben): 36.- DM
Geschäftskonto: Stadtsparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 Konto: 314 130 646 Stichwort: FZ aktuell

Ehemalige Opposition von Leipzig verlangt Aktenübergabe aller Unterlagen ohne Schwärzungen

Dresden und Leipzig, im Februar 1992

Sehr geehrter Dienstherr der Bundesoberbehörde, Herr Minister Seiters!
Sehr geehrter Herr Gauck!

Am 25. September 1989 versammelten sich nach dem montäglichen Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche 6000 Menschen, um durch eine Demonstration ihren Bruch mit dem Machtapparat der SED öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Dies war die größte Demonstration seit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, meldeten die Nachrichtenagenturen. Es war das Endes der SED- Politbürokratie und der Teilung Deutschlands. Der schon vorher vollzogene Bruch der Bevölkerung Ostdeutschlands mit den Machthabern wurde in Gemeinschaft öffentlich.

Der Umsturz der Machtverhältnisse hatte sicher seine Ursachen im wirtschaftlichen Bankrott der realsozialistischen Planwirtschaft, in den Veränderungen der internationalen Weltlage und dem allgemeinen Defizit von Demokratie in Osteuropa. Daß ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung zuerst in Leipzig auf die Straße ging, hatte seine Ursache jedoch zum größten Teil in der organisierten Opposition in Leipzig; einem zweijährigen harten Kampf um den montäglichen Kulminationspunkt von Opposition um die Nikolaikirche. Dieser Kulminationspunkt von Opposition wurde in zwei Jahren gegen den Status quo in Europa, gegen die Kirchenleitungen und gegen die Betonköpfe und Handlanger der SED und ihres MfS erstritten. Dies alles hat das MfS minutiös festgehalten und zu beeinflussen versucht. Wären unsere Bemühungen um Demokratie gescheitert , wären Freiheitsstrafen wegen staatsfeindlicher Hetze, verfassungswidrigem Zusammenschluß, nachrichtendienstlicher Agententätigkeit, Zusammenrottung oder Internierungslager die Folge gewesen. Das Ministerium für Staatssicherheit ist aufgelöst. Der Spuk von Bevormundung, Einschüchterung und versuchter Deformation ist vorbei. Einige der Unterzeichner haben die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit am 4. Dezember 1989 mit besetzt und mit aufgelöst.

Sie, Herr Bundesinnenminister Seiters, und Sie, Herr Gauck, sind die Nachlaßverwalter der MfS-Unterlagen geworden. Das Wissen des Ministeriums für Staatssicherheit ist an Sie und Ihre Bundesoberbehörde übergegangen. Deshalb schreiben wir Ihnen.

Das Stasiunterlagengesetz sieht zum einen die Ermöglichung von Forschung zur politischen, historischen und moralischen Aufarbeitung und zum anderen die Herausgabe von Kopien personenbezogener Unterlagen an die jeweils Betroffenen vor. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Die historischen Tatsachen und die bisher veröffentlichte Aktenlage zu den oppositionellen Personenzusammenschlüssen in Leipzig zeigen jedoch eindeutig, daß niemand von uns durch das MfS bearbeitet wurde, weil wir als Einzelpersonen anderer Auffassung waren als die damals Herrschenden. Die Leipziger Gruppen standen als nicht anerkannte Organisationsform in ostdeutschen, deutsch-deutschen und internationalen politischen Kräftefeldern. Dies machte sie zu einem Hauptfeind im Inneren der DDR und zum Bearbeitungsobjekt des MfS. Der Vereinzelte war für das MfS weitgehend uninteressant, die Organisationsform als Ganzes gefährlich. Internationale Organisationen, KSZE- Konferenzen, Ministerien und diplomatische Vertretungen, Parteien und Kirchen und nicht zuletzt auch andere Geheimdienste haben sich in die Leipziger Vorgänge eingemischt oder sie zumindest analysiert. Nicht der Einzelne, sondern der organisierte Zusammenschluß und dessen gemeinschaftliches Handeln gegen die Herrschenden in Ostdeutschland war das Politikum.

Die bisher bekanntgewordene Aktenlage bestätigt: Mielke informierte Mitglieder des Politbüro, Hummitzsch die Bezirksleitung der SED; in der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam wurden Operative Vorgänge aus Leipzig ausgewertet; zwischen den Bezirksverwaltungen von Karl- Marx- Stadt (jetzt Chemnitz), Leipzig und Dresden wurden Bearbeitungskonzeptionen zur Beeinflussung der Kirchen gegen die Gruppen verabredet; durch das abgestimmte und gezielte Streuen von Gerüchten sollten Leipziger Gruppen von den Berliner Gruppen getrennt werden; die Spionageabwehr (II), die Aufklärung (HV A/XV), die Funkaufklärung (III) und die Abteilung für internationale Beziehungen (X) versuchten zu ermitteln, was westdeutsche und internationale Organisationen, Parteien und Journalisten über Leipziger Gruppen dachten, um deren Handeln in Bezug auf uns zu beeinflussen; zu öffentlichkeitswirksamen

Aktionen der Gruppen wurden nicht nur Personendossiers, sondern auch aktionsbezogene Vorgangsakten angelegt oder Operativinformationen verfaßt. Darüberhinaus existieren Operative Vorgänge und Teilvorgänge zu ganzen Gruppen und nicht nur zu Einzelpersonen von uns.

Mit der vereinzelten Herausgabe von Personendossiers (OV/OAM/OPK- Akten; KK- Unterlagen), in denen die Angaben zu sogenannten Dritten gestrichen sind, würde dem nicht Rechnung getragen. Innerhalb eines oppositionellen Personenzusammenschlusses gab es unter spätstalinistischen Bedingungen bis in die Privatsphäre hinein keine sogenannten Dritten, sondern nur das Gegenüber von bekannten und unbekannten inoffiziellen oder hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS, von Parteien, Organisationen und Kirchen im politischen Kräftefeld.

Um die persönliche und gemeinsame politische Vergangenheit der Mitglieder der Gruppen zu verstehen, ist die Kopieübergabe von MfS- Unterlagen ohne Schwärzungen einschließlich aller Unterlagen, die Gruppen und ihre politische Wirkung betreffend, unerläßlich. Nur so können wir unsere Geschichte - und einige von uns waren in den letzten beiden Jahren vor dem Umsturz durch die Arbeit der Gruppen im "Untergrund" angestellt - verstehen.

Auf Grund des großen öffentlichen und historischen Interesses - eine Vielzahl von Publikationen liegt vor bzw. entsteht - besteht ein überwiegend öffentliches Interesse gegenüber einer informationellen Selbstbestimmung eventueller Dritter.

Wir fordern Sie deshalb auf, uns alle Unterlagen, welche Leipziger Gruppen, ihre Mitglieder, ihre inoffiziellen und hauptamtlichen Bearbeiter betreffen und alle entsprechenden, sie betreffenden Unterlagen über andere Organisationen, Kirchen, Parteien und Journalisten des In- und Auslandes in einem Exemplar zur Verfügung zu stellen.

Die Übergabe der Aktenkopien regeln Sie bitte mit dem "Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus in der DDR" der IFM e.V. (kurz: Forschungszentrum) in 8029 Dresden, Arthur- Weineck-Str. 5 (Tel. 43 63 92). Speziell verantwortlich zeichnet dort für den Förderkreis des Forschungszentrums Herr Michael Arnold, für den wissenschaftlichen Beirat Herr Thomas Rudolph und für den Trägerverein Herr Oliver Kloß. Die Aktenkopien werden dann gemeinsam vom Forschungszentrum, dem "Archiv der Bürgerbewegung e.V." in Leipzig, den Mitgliedern der Leipziger Gruppen und von Historikern ausgewertet.

Nach unserer Kenntnis von bisherigen Veröffentlichungen betrifft das folgende Unterlagen auf allen drei Ebenen des ehemaligen MfS:
- Jahrespläne
- OV-, TV- , OAM-, OPK- Akten, KK- Unterlagen und Sicherungsvorgänge
- IM- Akten
- Bearbeitungskonzeptionen
- Material der juristischen Hochschule Potsdam
- MfS Informationen an Mitglieder des Politbüros, der Bezirksleitung und der Kreisleitung der SED
- Operativinformationen und Vorgangsakten, wie sogenannte "Aktionen"
- Akten der Hauptabteilungen bzw. Abteilungen II, III, VIII, IX, X, XII, XIV, HVA/XV, XVIII, XIX, XX, M, 26, der Arbeitsgruppe des Leiters u.a.
- Einspeicherungspläne und Nachweise in SOUD
- AKG und ZAIG- Materialien
- Sicherheitsverfilmungen
- Weisungen, Dokumente und Genehmigungsverfahren von Mielke und seinen Stellvertretern
- Dokumente der Leitungsebenen des MfS (o008/ o006) und der Büros der Leitungen
- Arbeitsbücher der Bearbeiter
- Funksprüche, Fernschreiben und Blitztelegramme
- Teile der Akten von oppositionellen Personenzusammenschlüssen in Altenburg, Berlin, Blankenburg, Borna, Dresden, Eilenburg, Großenhain, Großhennersdorf, Halle, Jena, Karl-Marx-Stadt, Leitzkau, Naumburg, Quedlinburg, Riesa, Weimar, Zittau, Zwickau und anderen Städten

Um Ihnen Ihre verantwortungsvolle Aufgabe zu erleichtern und Ihre Zeit für andere Auskunftsersuchende nicht zu beanspruchen, ist das "Forschungszentrum zu den Verbrechen des

Stalinismus" bereit, Personen mit Forschungsaufträgen als Rechercbekräfte für die Bundesoberbehörde zur Verfügung zu stellen.

In der Hoffnung auf eine baldige Antwort verbleiben wir freundlich grüßend.

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen stehen für diese Form der Kopieübergabe oben genannter MfS- Unterlagen ein bzw. unterstützen als anderweitig Beteiligte diese Form der politisch- historischen Aufarbeitung der jüngsten Geschichte.

Michael Arnold OV Pleiße	Bernhard Becker IMB Fuchs	Andree Botz	Ernst Demele OPK Statik
Mike Dietel	Bettina Dusdal OPK Rebekka	Edgar Dusdal	Ralf Elsässer OPK
Friederike Freier	Mauri Fries	Thomas Gerlach OPK Hebron	Gabriele Heide TV Wespen
Klaus Kaden OV Berater	Oliver Kloß OPK Rechtler	Silke Krasulsky	Steffen Kühhirt
Rainer Kühn OPK Hund	Ute Leukert TV Wespen	Martin Lösche	Christoph Motzer OV Julius
Rainer Müller OV Märtyrer	Bernd Oehler OV Krake	Roland Quester OV Grün	Thomas Rudolph OV Juris
Frank Richter OV Julius	Ulrich Rühr IMB Helmut	Wolfgang Sarstedt IKM/IMS	Uwe Schwabe OV Leben
Rita Selitrenny OPK Reform	Frank Sellentin OV Leben	Kathrin Walther OV Juris	Beate Wolf OPK Anarchistin
Mathias Wolf			

Das Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus hat verschiedene Dokumentensammlungen zusammengestellt, die sich mit der aktuellen Diskussion um Kirchenpolitik der "Kirche im Sozialismus" in Sachsen und der Rolle der Opposition beschäftigen:

*Informationen des Chefs der MfS- Bezirksverwaltung Dresden an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Modrow, über die Bearbeitung der unabhängigen Gruppe "Wolfspelz" in Dresden und kirchenleitende Persönlichkeiten.
*Nicht vorgangsbezogene Operativinformationen der Kreisdienststelle Leipzig- Stadt zur Rolle kirchenleitender Persönlichkeiten in Sachsen
*Ausgewählte Quartalsberichte des OV Märtyrer der MfS Bezirksverwaltung Leipzig. Im Operativen Vorgang Märtyrer wurde der Sprecher des oppositionellen Personenzusammenschluß Arbeitskreis Gerechtigkeit Rainer Müller bearbeitet.

Die hier genannten Zusammenstellungen von Dokumenten sind gegen jeweils drei DM in losen Briefmarken vom Forschungszentrum beziehbar.

F. J. Strauß im Gespräch mit E. Honecker

Einsichtnahme in Protokolle deutsch- deutscher Gespräche

Die - wenn auch sehr eingeschränkte - Öffnung der Akten erlaubt es der deutschen Bevölkerung einen Blick hinter die Kulissen der Gespräche politisch Verantwortlicher in Ost- und Westdeutschland zu werfen. Liebgewordene Klischees entpuppen sich als stilisierte Mythen und Unwahrheiten. Stasi und RAF in Verbindung zu V- Männern des BND und Verfassungsschutz; Politiker der CSU und anderer Parteien pflegen beste Kontakte zu Schalck-Golodkowski ... Egal was noch alles bekannt wird, in jedem Fall läßt sich schon heute absehen, daß viele politische Fragen neu aufgeworfen werden.

Bärbel Bohley (NEUES FORUM) fordert mit Recht, daß transparent gemacht werden muß, wie Ost- und Westpolitiker vierzig Jahre Unrechtsstaat ermöglicht haben. Welches Interessengeflecht verband die Mächtigen in Ost und West? Fragen, die ihre Antwort finden werden. Es darf nicht zugelassen werden, daß die politische Bedeutung der Zusammenarbeit Ost- und Westdeutschlands in Politik und Wirtschaft über Mauer und Stacheldraht hinweg im Geflecht von Skandalen verloren geht.

Es geht darum, die politischen Strukturen des geteilten Deutschlands zu verstehen, die Wahrheit aufzudecken und Rechenschaft auf der Grundlage der Kenntnis aller Akten einzufordern.

In diesem Zusammenhang sind die Beziehungen von Franz Josef Strauß zur SED von besonderem Interesse. Strauß war als Realpolitiker ein Gegner der Einheit, des Selbstbestimmungsrechtes und der Souveränität des deutschen Volkes: "Freiheit geht vor Einheit". Doch die Spaltung war die Grundlage für Unfreiheit. Gleichzeitig hat das Unrechtssystem Strauß gedient, seine demagogischen Angriffe auf soziale, wie demokratische Rechte zu legitimieren.

Im Jahr 1983, als sich angesichts der erneuten Bedrohung durch die Raketenstationierung immer mehr Menschen in Ost und West dieser Politik entgegenstemmen, entstand eine gesamtdeutsche Friedensbewegung. Sie war durch die Mauer getrennt, aber suchte dennoch den Weg zueinander. Die Grünen hatten damals aus Anlaß ihres Besuches bei Honecker mit einer Aktion auf dem Alexanderplatz ein Zeichen für eine gesamtdeutsche Bewegung gesetzt. Die Abstrafung erfolgte sofort. Die SED verhängte Einreiseverbote gegen Mitglieder der Friedensbewegung und der Grünen.

Als dann Grüne ein Protestschreiben an Kohl und Honecker gegen die Einreiseverbote verabschieden wollten, schlug ihnen ein von Jürgen Schnapperz formuliertes und von den damaligen Bundestagsabgeordneten Annemarie Borgmann und Dirk Schneider (letzterer ein inoffizieller Mitarbeiter der Stasi) unterzeichnetes Pamphlet entgegen, mit dem die Initiatoren mit Begriffen wie "Ostlandsrittertum der CDU/CSU- Hardliner" und "staatspolitische Nihilisten" mundtot gemacht werden sollten.

Dies wurde gerechtfertigt unter dem Hinweis, daß es einen Gegensatz gäbe zwischen dem "Einklagen der demokratischen Rechte" und "dem differenzierten Umgang mit einer widersprüchlichen und facettenreichen Wirklichkeit". Dirk Schneider & Co befanden sich damit in Einklang mit Politikern wie dem CDU- Senator Rupert Scholz, der maßgeblich die CDU- Deutschlandpolitik mitformulierte. Gleichzeitig richtete sich diese Position gegen die wachsende Bewegung derjenigen, die der Meinung waren, daß sie mit der Bevölkerung im Osten Deutschlands mehr verband, als mit Strauß und seiner Klientel.

Die Politik von Strauß, die vom Status quo - d.h. dem Bestand der Teilung Deutschlands und Europas ausging, wurde nicht nur von Teilen der Grünen als notwendige "Realpolitik" verteidigt. Auch der damalige Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, hatte der

CDU/CSU und insbesondere F.J. Strauß Unterstützung bei der Verfolgung ihrer Politik zugesagt.

1983 fanden Treffen von Strauß und Honecker statt. Strauß fädelte den ersten und entscheidenden Milliardenkredit ein, der dem SED- Regime wieder wirtschaftlichen und finanziellen Spielraum gab. Der Milliardenkredit war für die Existenz der DDR lebensnotwendig und dabei auch für Westdeutschland ein gutes Geschäft. So konnte das Düsseldorfer Handelsblatt am 18. Juli 1983 resümieren:"fast 10 Millionen Mark Gewinn ohne ein Fünkchen Risiko" hat der Milliardenkredit gebracht.

Mit dem Anwachsen der Friedensbewegung in Ost und West stiegen auch die "Verdachtskontrollen" bei Transitreisenden an. Die SED begründete dies mit einem angeblichen Mißbrauch der Transitwege durch westdeutsche und westberliner Bürger. Wie sehr sich die politisch Verantwortlichen in Ost und West in die Hände arbeiteten, zeigt die offizielle Begründung der DDR- Vertreter in der Transitkommission. Dort hieß es, daß die "intensivere Erfassung" der Fälle auf westlicher Seite der Anlaß zur Verschärfung der Kontrollen gewesen sei. Die DDR- Vertreter konnten sich dabei auf die Aussage des damaligen Innenministers der Bundesrepublik Zimmermann stützen, der die routinemäßige Überprüfung aller DDR- Reisenden ankündigte, sowie die Weitergabe aller Daten an den Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutz.

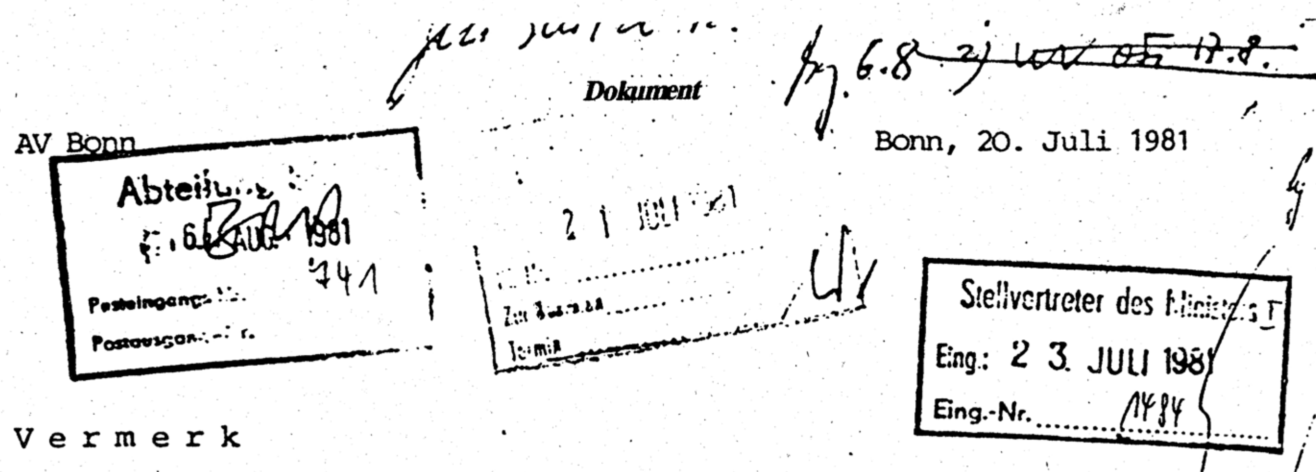
In diese Situation fällt der Tod des Transitreisenden Burkert. Franz-Josef Strauß sprach von Mord. Die Ausnutzung des Todes von Burkert und der Verbrechen an der innerdeutschen Grenze - Schießbefehl, Verhöre, Beschlagnahmungen - waren dazu geeignet, ein Klima der Verunsicherung und der Angst zu schaffen. Vor der Benutzung der Transitwege und Reisen in die DDR wurden so Menschen abgeschreckt.

Wie sehr es um politisches Kalkül geht, zeigt, daß ausgerechnet Strauß sich in seinem ersten Gespräch mit Honecker sofort dafür entschuldigt, im Fall Burkert von "Mord" gesprochen zu haben.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus verschiedenen Dokumenten zur Deutschlandpolitik ab, die die Haltung Strauß' als Deutschlandpolitiker und zur polnischen Solidarnosc, sowie zum Sturz Helmut Schmidts verdeutlichen.

<u>Dokumente:</u>

(Das Zeichen [...] gibt Textkürzungen und Auslassungen durch die Redaktion an.)



Dokument

AV Bonn

Bonn, 20. Juli 1981

V e r m e r k

über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSU und Ministerpräsidenten Bayerns, Franz Josef Strauß, am 16. Juli 1981

Anläßlich eines Aufenthaltes bei Geschäftspartnern in Bayern ergab sich die Gelegenheit eines kurzen Gespräches mit Strauß. Folgende Probleme standen dabei im Mittelpunkt:

1. Ausgehend von einer Diskussion über die innenpolitische Lage in der BRD verwies Strauß auf die zerrüttete Lage in fast allen Bereichen der Gesellschaftspolitik. Bei Negieren der objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten sah er die Ursachen der gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten ausschließlich im subjektiven Fehlverhalten der Regierungspolitiker. Nach Meinung von Strauß sei die SPD/FDP-Koalition nicht mehr zur Führung der BRD in der Lage. Katastrophal sei die finanzpolitische Situation. Nach seiner Ansicht werde eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung mindestens 10 Jahre benötigen, um die Finanzpolitik wieder zu stabilisieren. Nach Einschätzung der CSU habe die SPD eine Finanzpolitik des Aufbrauchens der Reserven und des Abwirtschaftens betrieben. In kurzer Zeit sei diese Lage nicht zu korrigieren, ohne einen Kollaps der BRD zu riskieren. Nach seiner Meinung sei es unverantwortlich, Staatskredite im Ausland, z. B. in Saudi Arabien, aufzunehmen, da der Staat auf diese Weise in eine zu große Abhängigkeit gerate.

   Strauß erklärte, vom Ende der SPD/FDP-Koalition überzeugt zu sein. Offen sei nur der Zeitpunkt. Er gehe von einem mittelfristigen Zeitraum aus. Die Koalition werde insbesondere drei große Themenbereiche nicht bewältigen können:

- Die Energiepolitik, besonders nicht den notwendigen Ausbau der Kernenergie;

- die Haushaltsfragen, verbunden mit den von der CDU/CSU für dringend erforderlich gehaltenen sozialpolitischen Einschränkungen;

- die Frage der Sicherheitspolitik mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD.

Nach Meinung von Strauß laufe die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie auf eine Selbstzerfleischung der SPD hinaus. Strauß zeigte sich überzeugt, daß Brandt die SPD wieder in die Opposition zurückführen wolle. In diesem Sinne werden von ihm die Differenzen zwischen Brandt und Schmidt gewertet.

2. Auf eine diesbezügliche Frage äußerte sich Strauß zur Regierungsübernahme durch die CDU/CSU. Er betonte, daß die Opposition kein Interesse daran habe, die Bundesregierung jetzt zu übernehmen. Zunächst solle die SPD/FDP-Koalition die anstehenden unpopulären Maßnahmen wie Einschränkung der Sozialpolitik und Stationierung der Pershing II und Cruise Missile realisieren. Nach Meinung von Strauß solle die Koalition "die von ihr eingebrockte Suppe selber auslöffeln".

Wie Strauß zu erkennen gab, fühle sich die CSU von dem Vorwurf, eine Raketenpartei zu sein, tief getroffen (Sorge um die Wählerschaft). Auch deswegen sei sie an der Realisierung der NATO-Raketenbeschlüsse durch die SPD und FDP interessiert.

Auf eine entsprechende Frage hat Strauß zu erkennen gegeben, daß zwischen ihm und Helmut Kohl eine Absprache über das gemeinsame politische Vorgehen und über personelle Fragen stattgefunden hat. Danach sei Kohl der Kandidat für den Bundeskanzler der CDU/CSU und Strauß Kandidat für den Finanzminister.

[...]

[...]

5. Im Gespräch zeigte es sich, daß Strauß keine genaueren Sachkenntnisse über die DDR besitzt. Beispielsweise war er der Ansicht, daß nach den ihm vorliegenden Informationen die DDR an die SU den vollen Weltmarktpreis für Erdöl zu zahlen habe. Auch die Tatsache der Nichtstationierung von sowjetischen Atomwaffen in der DDR war ihm völlig unbekannt. Strauß hatte bisher das Gegenteil angenommen.

   Ausgehend von den Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, und den Beschlüssen des X. Parteitages habe ich Strauß die Grundzüge unserer Wirtschaftspolitik dargestellt.

6. Zu den Ereignissen in der VR Polen erwartet Strauß kein militärisches Eingreifen der Warschauer Paktstaaten. Nach seiner Kenntnis sei Polen wirtschaftlich und finanzpolitisch bankrott.
   Aus Polen würden für eine lange Zeit keine Zahlungen zu erwarten sein.

7. Strauß bedankte sich für die Unterstützung bei seinem beabsichtigten Transit-Besuch in der DDR. Wegen der Nichteinreisegenehmigung für die VR Polen werde er diese Reise jetzt nicht antreten. Er wolle wieder darauf zurückkommen. In diesem Zusammenhang betonte er, keine Polit-Fahrten zu unternehmen, sondern sich lediglich einiges in der DDR ansehen zu wollen. Er bat darum, ihm einen guten Kunstführer der DDR zur Verfügung zu stellen.

Dieses Gespräch, das in einer sachlichen und politisch grundsätzlichen Weise verlief, half, den Kontakt zu Strauß zu festigen.
Strauß hat weiterhin nachhaltigen Einfluß auf die Auseinandersetzungen in der BRD.

E. Moldt

Verteiler:
Gen. Erich Honecker
Gen. Hermann Axen
Gen. Oskar Fischer

Anlage

24.07.1983

Einschätzung von F.J. Strauß zum Gespräch mit Kardinal Glemp und Kardinal Macharski am 23.07.1983

Nach Einschätzung beider Kardinäle ist eine Lage entstanden, die es dringend erforderlich macht, daß die polnische Regierung ausgehend von der nach dem Papstbesuch entstandenen politischen Situation wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes und zur Regelung einer Reihe von offenen politischen Fragen durchführt.

Kardinal Glemp schätzte ein, daß die Führung der PVAP und die Partei insgesamt gegenwärtig nicht in der Lage ist, kurzfristige Veränderungen der Lage herbeizuführen, da die Auffassungen innerhalb der Partei sehr extrem auseinanderlaufen.
Der Generalsekretär der PVAP, Genosse Jaruzelski, hat nicht genügend Autorität beim Volk und ist zu sehr auf "Distanz".

Auf der anderen Seite war die Entwicklung in der Solidarnosc durch die ultrareaktionären Kräfte außer Kontrolle geraten.

Walesa wurde deshalb durch Einfluß der Kirche von der Funktion abgelöst, weil er weder intellektmäßig noch von seinen organisatorischen Fähigkeiten in der Lage ist, 2

auf lange Sicht eine ausgewogene Politik und damit auch eine echte Partnerschaft zwischen Regierung und Kirche wahrzunehmen. [...]

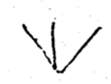
Niederschrift

über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der CSU und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am 24. Juli 1983 in Hubertusstock

E. Honecker begrüßte zu Beginn des Gesprächs F.J. Strauß auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik und brachte seine Befriedigung über das Zustandekommen des Treffens zum Ausdruck. Allein die Tatsache seines Stattfindens unterstreiche erneut die Wichtigkeit des Sinns für die Realitäten, der die Dinge in der Welt wesentlich beeinflusse. Nach seiner Reise in die CSSR und die VR Polen besuche F.J. Strauß nun die DDR. Als Vorsitzender der CSU, der zweitstärksten Koalitionspartei der Bundesrepublik Deutschland, und bayerischer Ministerpräsident sei er eine der führenden Persönlichkeiten nicht nur Bayerns und verfüge über eine gute Kenntnis der Bundespolitik. Zugleich sei er gewohnt, sich mit weltpolitischen Zusammenhängen zu befassen. Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die es in vielen grundsätzlichen Fragen gebe, werde dies für das Gespräch günstig sein. Wie E. Honeck sagte, gehe es ihm vor allem um Fragen der Sicherheitspolitik und der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Zunächs möge sich F.J. Strauß äußern.

Was die von E. Honecker genannten Themen betreffe, so meinte F.J. Strauß, habe er sich Gleiches vorgestellt. Er bedankte sich für den Empfang in der DDR und die großartige Gestaltung des Programms seiner Besuchsreise. Worauf es ankomme, sei, "weder uns selber noch den Partner zu täuschen". Ihm liege an einer Reihe praktischer Probleme der beiderseitigen Beziehungen, für die er teils unmittelbare Verantwortung trage - immerhin gebe es zwischen Bayern und der DDR eine gemeinsame Grenze von über 400 Kilometern -, teils mittelbare. Nach seiner Rückkehr habe er vor, Bundeskanzler Kohl über das Gespräch mit E. Honecker zu unterrichten, werde dies aber nicht mißbrauchen. E. Honecker: Das liegt in Ihrem Ermessen.

F.J. Strauß verwies auf die Wirtschaftsgespräche mit der DDR in der vergangenen Zeit. Dann sei der "bedauerliche Rückfall" ein-



getreten. Indem er sich entschuldigte, den Tod eines Transitreisenden aus der BRD am Grenzkontrollpunkt Drewitz als "Mord" bezeichnet zu haben, sagte F.J. Strauß, er habe seitdem mehrfach öffentlich erklärt, daß seine Ausdrucksweise "nicht juristisch" gemeint gewesen sei. Er dankte für die jetzige Handhabung der Grenzkontrollen durch die Organe der DDR. Auch im Auftrage von H. Kohl wolle er zum Ausdruck bringen, wie wohltuend die Änderu: empfunden werde. Die Bitte an die DDR sei, dies fortzusetzen. F.J. Strauß betonte, er gehöre nicht zu denen, die Öl ins Feuer gießen und psychologischen Sprengstoff sammeln wollten. Mit seinem Bekenntnis zum "freien Journalismus" verband er heftige Kritik an einem solchen Journalismus, der alles zu verteufeln versuche.

Wir leben in zwei Gesellschaftssystemen und zwei Machtkonstellationen, sagte F.J. Strauß. Unser gemeinsames Interesse ist es, nicht Opfer eines Krieges zu werden, der alle weiteren Überlegungen überflüssig machen würde. Ausdrücklich stimmte F.J. Strauß der Feststellung E. Honeckers zu, daß ein Atomkrieg nicht nur Europa, sondern die Welt verwüsten würde, und daß von beiden deu schen Staaten nichts übrig bleiben würde, auch nicht von den USA. Wir wollen die DDR weder integrieren noch bekriegen noch aus der Welt schaffen, fuhr F.J. Strauß fort. Alles andere werde in eine evolutionären Prozeß entschieden, in dem sich die Welt befinde.

Es sei der Wunsch der Bundesregierung, mit den Ländern, zu dener die Bundesrepublik eine gemeinsame Grenze habe, unter Vermeidung überflüssiger Schwierigkeiten - er nenne hier nur das Stichwort Berlin - in absehbarer Zeit zu einem Umweltabkommen zu gelangen. In diesem Zusammenhang verwies F.J. Strauß auf die entsprechende Ausführungen H. Kohls in seiner Regierungserklärung vom 23. Juni sowie erste Gespräche von Regierungsvertretern der DDR und der BRD im November 1973. Es gehe um den Abbau der Versalzung von Werra und Weser, der Elbverschmutzung, um die Sanierung der Röde um die Reinhaltung der Luft, vor allem durch die Rauchgasentschwefelung. Ernste Sorgen gebe es mit den Wäldern. Dazu habe kürzlich in München ein bayerisch-sowjetisches Symposium zum Austausch von Forschungsergebnissen und Erfahrungen stattgefunden, was man in Bonn wohl zunächst nicht so gern gesehen habe.

Die Bundesregierung sei am Informationsaustausch über die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz interessiert. Im Unrecht befänden sich die Kernkraftgegner; denn hier handele es sich um die umweltfreundlichste Art der Energiegewinnung. Von der DDR sei grundsätzliches Einverständnis mitgeteilt worden. Jetzt erwarte man einen Terminvorschlag.

F.J. Strauß bekundete das Interesse der Bundesregierung an eine Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit gemäß dem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag. Dabei gehe es um einen stärkeren Austausch in beiden Richtungen.

Zu den Fragen der Staatsangehörigkeit äußerte sich F.J. Strauß lediglich mit der Bemerkung, hier bestehe der bekannte Dissens.

Er sei kein Fanatiker einer Senkung des Mindestumtauschs durch die DDR, aber eine Geste bei Kindern und alten Leuten wäre für die Zusammenarbeit hilfreich. Die BRD sei an der Erleichterung von Reisemöglichkeiten für "DDR-Bewohner" in dringenden Familienangelegenheiten interessiert, z.B. bei Todesfällen. Erweitert werden sollten die Kontaktmöglichkeiten an Grenzübergängen (Verkehrsprobleme u. a.) Einen "Stimmungswandel in der Bundesrepublik von gewaltigem Ausmaß" sagte er für den Fall voraus, daß die DDR den "Schießbefehl" und die automatischen Grenzsicherungsanlagen abschaffe.

F.J. Strauß sprach sich für die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Vertragssystems aus. Seinerzeit sei er ein Gegner dieser Verträge gewesen, weil sie schlampig ausgehandelt worden seien, aber "pacta sunt servanda" - Verträge sind einzuhalten. Schließlich sei er es gewesen, der veranlaßt habe, daß die Entscheidung fiel, daß es Bürger der DDR gibt.

Er glaube nicht, daß das sozialistische Wirtschaftssystem auf die Dauer funktionieren könne; sie sei kein "ideologisches Experimentierfeld". Was er wolle, sei bessere Nachbarschaft. In diesem Jahrhundert trete die Ideologie in den Hintergrund, und praktisch-pragmatische Fragen träten in den Vordergrund. Die Welt

befinde sich in einem Umgestaltungsprozeß. Die Rüstungspolitik beider Pakte und Blöcke, beider Hauptmächte dürfe nicht zu einer Vereisung führen, die durch eine Explosion abgelöst werden könnte. Je mehr sich hier die Fronten verhärteten, desto mehr müsse man sich die Hand reichen zur Kooperation.

Bei der Reise H. Kohls nach Moskau sei eingetreten, was die Real sten erwartet hätten. Man habe gefragt, ob Kohl Moskaus Standpur ändern werde, aber das könne nicht einmal Reagan, schon gar nich der Bundeskanzler der BRD. Deutlich geworden sei, daß die Sowjet union keinen Bruch mit der Bundesrepublik wolle. F.J. Strauß sag te, er sei schon immer ein Gegner der Null-Lösung gewesen. Für d Nachrüstung sei er. In Genf sei keine Einigung zu erwarten, sondern eine zwischenzeitliche Vereinbarung unter Einbeziehung der strategischen und der Mittelstreckenwaffen in ein gemeinsames Abkommen. Auf eine entsprechende Frage A. Gromykos habe er der Sowjetunion empfohlen, ihre Mittelstreckenraketen "auf den niedrigsten Pegelstand" zu verringern. F. Mitterand sei einer der "schärfsten Betreiber" der Nachrüstung des Westens.

Für H. Kohl sei vor seiner Moskaureise durch den Druck der Sowjet union eine schwierige Situation bei einem Nachgeben entstanden. Er sei ein Kanzler der guten Nachbarschaft, kein Kanzler der Konfrontation. Einerseits könne er nicht nachgeben, andererseits sei er kein Kanzler eines Feindstaates und einer feindlichen Konstellation.

F.J. Strauß bemerkte zu seinen Gesprächen in der VR Polen, dieses Land müsse seinen Weg gehen. Im Mittelpunkt seiner Unterredungen habe der Ausgleich zwischen Kirche und Staat gestanden. Durch die Versendung von Paketen werde die nationale Würde der Polen verlet: Er sei für eine Normalisierung der Lage im Lande.

E. Honecker dankte F.J. Strauß für seine Darlegungen. Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD seien von außerordentlicher Bedeutung für die Friedenssicherung und damit für das Wohl der Bürger beider deutscher Staaten. Trotz aller Probleme seien diese Beziehungen als gut zu bezeichnen, man könne sie aber verbessern.

- 12 -

[...]

Als ein wichtiges Thema bezeichnete E. Honecker die Regelung der Elbgrenze. Schon vor Jahren habe man kurz vor einer Obereinkunft gestanden, die der wirklichen Lage Rechnung trug. Eine Regelung des Grenzverlaufes Mitte Strom oder Mitte Fahrwasser liege im beiderseitigen Interesse. Niemand würde etwas aufgeben, sondern es würde nur die jetzige Praxis fixiert, aber ein möglicher Konfliktherd wäre aus der Welt. Oberdies könnten weitere, weitgehend fertig ausgearbeitete Abkommen unterschrieben werden, an denen die BRD besonders interessiert ist.

E. Honecker dankte F.J. Strauß für sein persönliches Engagement beim "Einfädeln" der jüngsten Kreditvereinbarung zwischen Banken der DDR und der BRD. Diese Vereinbarung, dieses Bankgeschäft sei für beide Seiten von Nutzen und werde sich gewiß positiv auf die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen auswirken. In der Tat solle man hier nichts zerreden oder zerschreiben. Je weniger Lärm gemacht werde, desto besser ließen sich die Fragen klären. Das habe sich schon in der Vergangenheit gezeigt.

Es sei notwendig und möglich, in absehbarer Zeit eine neue Postpauschale zu vereinbaren. Dabei sei die DDR bereit, von einem mittleren Tarif von 300 Millionen DM auszugehen. Das entspreche der gegebenen Situation. [...]

- 14 -

Was den Mindestumtausch betreffe, so sei dies immer wieder eine Frage der in der BRD betriebenen Spekulation mit der Mark der DDR. Sie werde stark unter ihrem Wert gewechselt. F.J. Strauß: "Auf dem gespaltenen Markt, stimmt." Schätzungsweise 200 Millionen Mark der DDR befänden sich in der BRD. Aber die Mark der DDR sei eine Binnenwährung, deren Aus- und Einfuhr verboten ist. Ein Umtauschverhältnis von 1:4 sei untragbar. Ansonsten würden Umtauschsätze auch von anderen Ländern erhoben, z. B. von der VR Polen für Reisende aus der DDR in Höhe von 30 Mark.

Zu den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR stellte E. Honecker mit aller Klarheit fest, daß es gar keinen Zweck habe zu träumen. Ein Vergleich ergebe keinen Unterschied in den Bestimmungen über den Schußwaffengebrauch, wie sie auch für die Polizei in der BRD bestehen. Daß dort häufig schneller als erlaubt zur Pistole gegriffen werde, habe erst unlängst die von einem Gericht verhandelte Erschießung eines Schuljungen durch einen Polizisten in Bayern gezeigt, was F.J. Strauß bestätigte.

[...]

- 15 -

F.J. Strauß dankte für die ausführliche Darlegung der Motive und Argumente durch E. Honecker. Nach seiner Meinung werde es zu keinem Atomkrieg kommen; denn unter atomaren Bedingungen sei der Krieg kein Mittel mehr, politische Ziele zu verfolgen. Für die BRD wolle er sagen, nachdem Deutsche den ersten Weltkrieg mitverschuldet und den zweiten verschuldet hätten, werde klar, daß auch nur der Gedanke an einen neuen Krieg ins Verderben führen müsse.

Die DDR, so betonte E. Honecker, betrachte die Friedenssicherung als das Wichtigste und folge den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu denen auch die Nichteinmischung gehöre. Gerade auch in der Sowjetunion, die mit 20 Millionen Menschen so gewaltige Opfer gebracht hat, wolle niemand einen Krieg. Woran es zu arbeiten gelte, sei die weitere Ausfüllung des Grundlagenvertrages als Basis für die Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD.

Niederschrift

über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, am 11. März 1984 in Leipzig

---

E. Honecker stellte einleitend fest, sein erstes Treffen mit F. J. Strauß, das noch vor dem Beginn der Raketenstationierung stattgefunden hatte, habe sich günstig auf die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ausgewirkt. In einer Zeit, da sich die internationalen Dinge kompliziert hätten, komme dem jetzigen Treffen um so mehr Bedeutung zu.

F. J. Strauß bezeichnete es als klug und staatsmännisch weise, daß E. Honecker im Zusammenhang mit der Stationierung darauf orientiert habe, den Schaden möglichst zu begrenzen, keine weitere Verschärfung und Verhärtung eintreten zu lassen und das Erreichte zu bewahren. Mit Dankbarkeit habe er die Änderung der Atmosphäre in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aufgenommen, woraus deutlich werde, daß es weitergehe. Als er kürzlich in Syrien weilte, habe er im Zimmer des Verteidigungsministers, eines Freundes und Bekannten, ein Bild des Staatsratsvorsitzenden gesehen. Er habe ihm seine Meinung über den Standpunkt E. Honeckers zur Schadensbegrenzung gesagt. Der syrische Minister habe geantwortet. Da hängt sein Bild. [...]

- 2 -

[...]

Er wisse es zu schätzen, sagte E. Honecker, daß F. J. Strauß wiederholt erklärt habe, daß die DDR ihre Zusagen eingehalten hat, obwohl seitens der BRD viele Wünsche bestünden. Auch die DDR habe viele Wünsche. Insgesamt seien die Beziehungen besser geworden. Er habe im Prinzip zugesagt, im Herbst die Bundesrepublik zu besuchen; Termin und Themen der Gespräche müßten noch vereinbart werden. Auf ökonomischem Gebiet komme es darauf an, bestimmte Diskriminierungen, die noch bestehen, zu beseitigen und den freien Handel zum gegenseitigen Vorteil zu gewährleisten. Wo gleiche Chancen bestünden, müsse man sie nutzen.

F. J. Strauß bemerkte, er habe unlängst im "ZDF-Magazin" wieder erklärt, was die DDR versprochen hat, habe sie gehalten. Der Anstieg der Zahl bewilligter Ausreisen sei sehr hilfreich. Richtig sei, daß die BRD manches nicht bekommen habe, aber man müsse unterscheiden, was man wünsche und was die DDR versprochen habe. Zum Kopfschütteln veranlasse ihn, wenn einige Medien der BRD jetzt im Zusammenhang mit den Ausreisen behaupteten, die DDR schiebe mißliebige Bürger ab. Bisher habe es immer geheißen, die DDR [illegible]

3

nicht heraus. Jetzt lasse die DDR sie heraus, schiebe sie nicht ab, sondern erlaube ihnen die Ausreise, und wieder werde geschimpft.

E. Honecker sagte, die humanitären Fälle würden weitgehend bereinigt, abgesehen von Problemen in bestimmten Fragen, wobei er sich gegen die Stimmungmache von Medien der BRD wegen der starken Belegung von Lagern in der BRD wandte. F. J. Strauß bezeichnete diese Berichte als störend. Er habe H. Kohl gebeten, allen Botschaften im Ausland einen entsprechenden Auftrag zu erteilen, damit die auch für die BRD sehr unangenehmen Asylfälle unterblieben; er habe die Bundesregierung gewarnt. E. Honecker stellte fest, daß die westlichen Botschaften in der DDR, auch die der USA, solche Fälle nicht aufnehme. Die einzige Ausnahme sei die Ständige Vertretung der BRD. Das schädige die Bemühungen im humanitären Bereich.

[...]

Brief Erich Mielkes an Ulbricht

Erich Mielke steht vor Gericht. Aber nicht für seine Tätigkeit als Minister für Staatssicherheit, nicht wegen Bespitzelung, Entführungen, Freiheitsberaubung und Mord, für die er Verantwortung trug, sondern für einen Mord, von vor 60 Jahren. Wie immer man diesen Mord einschätzen mag, es bleibt die Frage, warum Mielke nicht für seine Taten als Minister für Staatssicherheit vor Gericht gestellt wird.

Eine Auswertung der Akten der Staatssicherheit, der Blockparteien und der SED würde das tatsächliche Ausmaß des Unrechts zu Tage bringen können und der Aufklärung dienen.

Der hier als Faksimile abgedruckte Brief Mielkes an Ulbricht zeigt auf, wie die Herrschenden Recht beugten. In dem Schreiben - eine Untersuchung gegen Pfarrer Pokojewski und Diakon Prenzler betreffend - bittet Mielke den Staatschef Ulbricht um Entscheidung:

- ob die Rolle, " die die reaktionäre Kirchenführung in Westdeutschland und Westberlin" spielte, mit in den Schlußbericht hineingearbeitet werden soll;
- sowie über die Höhe des Strafmaßes, die vom Gericht gegen die Angeklagten zu verhängen sei.

Das im Folgenden abgedruckte Dokument zeigt, daß der Befehlsgeber des MfS die SED war. Es ist daher völlig abwegig, wenn führende ehemalige SED- Mitglieder immer wieder versuchen, ihre Hände in Unschuld zu waschen und behaupten, von nichts etwas gewußt zu haben. In letzter Instanz entschied die Partei und nicht das MfS.

126

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
- Der Minister -

An den
1. Sekretär des ZK der SED
Genossen Walter U l b r i c h t
B e r l i n

Berlin, am 1.11.1959
Tgb.Nr. VMA 217/59

Persönlich!

Lieber Walter!

000747

Beiliegend der Schlussbericht über den Untersuchungsvorgang

P o k o j e w s k i , Otto, Pfarrer, zuletzt Superintendent der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Thüringen, Superintendentur Kahla - und

P r e n z l e r ; Wilhelm, Diakon, zuletzt Geschäftsführer des Evangelischen Hilfswerkes, Landeskirche Thüringen, Sitz Eisenach.

Wenn Du einverstanden bist, so könnte der Schlussbericht zur Abfassung der Anklageschrift sofort abgegeben werden.
Der Vorgang ist lediglich abgestellt auf die Verbrechen der beiden Genannten. Die Rolle, die die reaktionäre Kirchenführung in Westdeutschland und Westberlin dabei spielt, wurde nicht hineingearbeitet. Solltest Du es für richtig befinden, dass der Staatsanwalt im Plädoyer diese schändliche Rolle behandeln soll, dann würde das MfS dem Staatsanwalt entsprechende Materialien zur Verfügung stellen.

Die Strafen, die für die beiden Verbrecher ausgesprochen werden, werden zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe, die sich im Rahmen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren Zuchthaus bewegt, entsprechend § 21, Abs. 2 des Strafergänzungsgesetzes.
Für Verbrechen nach §§ 6, 8 - Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs in Verbindung mit §9 WStVO wird eine Gefängnisstrafe verhängt. Diese Strafe wird dann zu einer Gesamtstrafe zusammengezogen.
Ich bitte hier um Mitteilung, in welcher Höhe die Strafe ausgesprochen werden soll, oder ob die Stellung der Strafanträge und die Verurteilung dem Staatsanwalt und dem Gericht überlassen werden sollen.
Mir erscheint jedoch zweckmässig, sie richtig zu informieren, da sie sonst nicht wissen werden, was sie tun sollen.
Ferner wäre zu entscheiden, ob aus politischen Gründen evtl. eine Strafaussetzung nach Verkündung des Urteils erfolgen soll.
Das MfS ist der Meinung, dass die Strafe zunächst einmal anzutreten ist und dass danach eine Strafaussetzung zu prüfen wäre, - denn beide Angeklagte sind Anhänger des reaktionären Kreises um Dibelius.
Ich erinnere Dich an mein Schreiben, wo ich Dich darauf aufmerksam machte, dass bei Pokojewski ein Protokoll gefunden wurde, in dem gegen den Bischof Mitzenheim Stellung genommen wurde.

Ich bitte um Mitteilung, wie das MfS verfahren soll.
Wenn der Schlussbericht am 3.11. abgegeben werden kann, kann die Verhandlung spätestens in 3 Wochen stattfinden.

Ich bitte um Rückgabe des Schlussberichtes.

Mit sozialistischem Gruss!

21

Erich Mielke

1 Anlage

Über die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS in Sachsen und ihre Arbeitsgebiete.

Wieviele hauptamtliche Mitarbeiter hatte das MfS und wo arbeiteten Sie? Die Bürgerrechtler hatten diese Frage nach den Besetzungen der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen seit dem 4. Dezember 1989 schnell gestellt. Eine konkrete Antwort bekamen sie lange Zeit nicht. Der Sicherheitsapparat der Regierung Modrow gab dann den Vertretern des zentralen Runden Tisches in Berlin und den Runden Tischen in den einzelnen Bezirken Auskunft. Lange Zeit wurden diese Zahlen für wahr gehalten. Sie waren es jedoch nicht. Dann bekamen die Bürgerrechtler vom NEUEN FORUM und die Ostberliner Zeitung "Die Andere" das sogenannte Finanzprojekt des MfS in die Hände. Der Schlüssel zur Identifizierung und Zuordnung der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS war gefunden. "Die Andere" veröffentlichte daraufhin, was sich die Westberliner Tageszeitung taz nicht traute, nämlich die zehntausend bestbezahlten hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Damit waren etwa 10 % der hauptamtlichen Mitarbeiter enttarnt. Mittlerweile gibt es einen ohne Ort und Jahr anonym herausgegebenen Abdruck sämtlicher hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS im ehemaligen Bezirk Karl- Marx- Stadt, welcher u.a. über das NEUE FORUM Chemnitz zu beziehen ist. Aber wieviele hauptamtliche Mitarbeiter gab es in Sachsen und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Abteilungen. Das Forschungszentrum hat recherchiert und kam zu folgendem Ergebnis: **In Sachsen gab es *mindestens* 9700** hauptamtliche Mitarbeiter des MfS. Davon arbeiteten 6939 in den 3 Bezirksverwaltungen und 2761 in den Kreisdienststellen (einschließlich der heute zu Sachsen gehörenden ehemaligen Kreise Hoyerswerda und Weißwasser des Bezirkes Cottbus) und Objektdienststellen (Technische Universität/Hochschule Dresden). In Bezirk Karl-Marx-Stadt arbeiteten mindestens 3682 (2731 BV/ 951 KD), in Leipzig 2387 (1634 BV/ 753 KD) und in Dresden 3537 (2574 BV/ 963 KD/OD) hauptamtliche MfSler. Im einzelnen Arbeiteten die MfSler in Sachsen in folgenden Abteilungen und Referaten, wobei jedoch nicht alle zugeordnet werden konnten.

	Dresden	Leipzig	Karl-Marx-Stadt
Leitungsebene	6	15	28
Referat Abwehr Wehrkreiskommando	4	5	4
Abteilung II[Spionageabwehr]	53	56	40
Abteilung III[westl. Funkaufklärung]	22	26	59
Abteilung VI[Paßkontrolleinheiten]	453	89	248
Abteilung VII[MdI, Polizei]	43	27	36
Abteilung VIII[Beobachtung]	217	146	264
Abteilung IX[Votermittlung]	65	46	64
Abteilung XI[Chiffrierwesen]	16	18	12
Abteilung XII[Archiv/ EDV]	29	30	29
Abteilung XIV [Strafvollzug]	54	52	64
Abteilung XV [Aufklährung]	54	48	64
Abteilung mit Diensteinheitenschlüssel 14 17 00	-	-	39
Abteilung XVIII [Wirtschaft]	83	99	91
Abteilung XIX [Sicherung Verkehr, Post]	54	43	34
Abteilung XX [Opposition, Kirche]	77	94	76
Arbeitsgruppe XXII [Terrorismus]	5	6	23
Abteilung 26 [Telefon, Wanzen]	50	48	75
Bezirkskoordinierungsgruppe (BKG)	19	16	36
Abteilung operative Technik (OT)	19	15	24
Abteilung Kader und Schulung (KuSch)	72	61	193
Parteiorganisationsleitung	11	15	6
Bereich Bezirksbehörde der Volkspolizei (BdVP)	?	?	?
Zoll- Bezirksverwaltung	?	?	?
. Referat Personenschutz (PS)	9	6	7
Abteilung M [Postkontrolle]	136	127	143
Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG)	59	75	61
Arbeitsgruppe Geheimschutz	4	6	8
Büro der Leitung (BdL)	27	31	28
Arbeitsgruppe des Leiters (AGL)	30	18	33
SR Bewaffnung und chemischer Dienst (BcD)	11	9	9
Abteilung N [Nachrichten]	73	65	86
Wach- und Sicherungseinheit	262	161	294
Abteilung medizinischer Dienst	34	22	34

Abteilung Finanzen	20	13	17
Abteilung Rückwärtige Dienste (RD)	294	134	291
Fahndungsoffizier	?	?	?
Ferienheime/ Erholungsheime	124	?	77

Neben den jeweiligen Bezirksverwaltungen in den ehemaligen Bezirksstädten hatte das MfS auch Dienststellen in den ehemaligen Kreisstädten der Bezirke. Während die Bezirksverwaltungen des MfS wie die Zentrale in Berlin nach dem sogenannten Linienprinzip arbeitete, galt für die Kreisdienststellen das Territorialprinzip. Die Abteilungen II, XV, XVIII und XX hatten jedoch jeweils einen Mitarbeiter in jeder Kreisdienststelle als Endpunkt des Linienprinzips.

Die Kreisdienststellen des MfS hatten folgende Anzahl an Mitarbeitern:

Kreisdienststellen des ehemaligen Bezirk Cottbus, deren Territorium heute zu Sachsen gehört:

Kreisdienststelle Hoyerswerda	52
Kreisdienststelle Weißwasser	42

Kreisdienststellen des ehemaligen Bezirkes Dresden:

Kreisdienststelle Dresden- Stadt	163
Objektdienststelle TU/ TH	30
Kreisdienststelle Dresden- Land	57
Kreisdienststelle Bautzen	59
Kreisdienststelle Bischofswerda	35
Kreisdienststelle Dippoldiswalde	34
Kreisdienststelle Freital	42
Kreisdienststelle Großenhain	32
Kreisdienststelle Görlitz	58
Kreisdienststelle Kamenz	41
Kreisdienststelle Löbau	42
Kreisdienststelle Meissen	52
Kreisdienststelle Niesky	34
Kreisdienststelle Pirna	63
Kreisdienststelle Riesa	57
Kreisdienststelle Sebnitz	39
Kreisdienststelle Zittau	48

Kreisdienststellen des ehemaligen Bezirkes Leipzig:

Kreisdienststelle Leipzig- Stadt	187
Kreisdienststelle Leipzig- Land	77
Kreisdienststelle Altenburg	61
Kreisdienststelle Borna	75
Kreisdienststelle Delitzsch	37
Kreisdienststelle Döbeln	51
Kreisdienststelle Eilenburg	40
Kreisdienststelle Geithain	28
Kreisdienststelle Grimma	36
Kreisdienststelle Oschatz	33
Kreisdienststelle Schmöllen	26
Kreisdienststelle Torgau	38
Kreisdienststelle Wurzen	36

Kreisdienststellen des ehemaligen Bezirkes Karl- Marx- Stadt

Kreisdienststelle Karl- Marx- Stadt/ Stadt	108
Kreisdienststelle Karl- Marx- Stadt/ Land	37
Kreisdienststelle Annaberg	39
Kreisdienststelle Aue	68
Kreisdienststelle Auerbach	27
Kreisdienststelle Brand- Erbisdorf	27
Kreisdienststelle Flöha	30

Kreisdienststelle Freiberg	54
Kreisdienststelle Glauchau	34
Kreisdienststelle Hainichen	36
Kreisdienststelle Hohenstein- Ernstthal	32
Kreisdienststelle Klingenthal	30
Kreisdienststelle Marienberg	34
Kreisdienststelle Oelsnitz	24
Kreisdienststelle Plauen	60
Kreisdienststelle Reichenbach	33
Kreisdienststelle Schwarzenberg	34
Kreisdienststelle Rochlitz	30
Kreisdienststelle Stollberg	34
Kreisdienststelle Werdau	36
Kreisdienststelle Zschopau	25
Kreisdienststelle Zwickau	119

Wieviele Inoffizielle Mitarbeiter hatte das MfS?

2. Teil: Der Bestand an aktiven inoffiziellen Mitarbeitern der BV Dresden am 31. Dezember 1988

Im Heft 1 von "Forschungszentrum aktuell" konnten wir die genaue Zahl der aktiven inoffiziellen Mitarbeiter der BV Leipzig für den 30. September 1989 auf der Grundlage von Dokumenten der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) und Unterlagen der Abteilung XV (Aufklärung) mitteilen.

Mittlerweile liegt dem Forschungszentrum ein Dokument der Abteilung XII (Archiv/ EDV) der Bezirksverwaltung Dresden mit der Registriernummer o020-435/89 vom 4. Januar 1989 vor, in dem eine Anzahl von **13 733 aktiven inoffiziellen Mitarbeitern zum 31. Dezember 1988 für den ehemaligen Bezirk Dresden** genannt wird.

Danach hatte die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden und ihre Kreisdienst- und Objektdienststellen folgende IM's:

	Kreisdienststellen/Objektdienststellen	BV Dresden	Gesamtzahl
IM zur Sicherung	5035	1927	6962
IM zur Bearbeitung	229	151	380
Führungs IM	393	122	515
IM im besonderen Einsatz	477	340	817
IM zur Konspiration	1631	893	2524
Gesell. Mitarbeiter Sicherheit	1938	597	2535
Gesamtzahl	9703	4030	13733

Die von uns angegebene Zahl von 13 733 aktiven inoffiziellen Mitarbeitern ist noch um einige IM's größer, da uns die Anzahl der Hauptamtlichen IM (zum Vergleich Leipzig: 75) und der IM's im Operationsgebiet der Abteilung Aufklärung (Zum Vergleich Leipzig: ca. 30) sowie die Anzahl der IM's in der DDR der Abt. Aufklärung (Zum Vergleich Leipzig: einige Hundert) unbekannt geblieben sind. Auch die Anzahl der "Vorlauf-IM" - in der BV Leipzig waren es 1073 - konnte noch nicht ermittelt werden.

Die letzten Opfer der Staatssicherheit. Übersicht zu den vom MfS in den letzten beiden Jahren geführten Operativen Personenkontrollen und Operativen Vorgängen in den Bezirken Leipzig und Dresden.

Neben der Anzahl der aktiven inoffiziellen Mitarbeiter mußte die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) vierteljährlich und die für Archiv und EDV verantwortliche Abteilung XII mindestens einmal im Jahr eine Übersicht über die von der jeweiligen Bezirksverwaltung in Operativen Personenkontrollen (OPK) und Operativen Vorgängen (OV) bearbeiteten Personen mitteilen.

Auf den hier ausgewerteten Dokumenten wurde nur die höchste Form der operativen Bearbeitung, der Operative Vorgang bzw. Teilvorgang (TV), und die darunter liegende Bearbeitungsform der Operativen Personenkontrolle festgehalten. Die Bearbeitungsform in Kerblochkartei- Unterlagen und die Sicherheitsüberprüfungen wurden nicht mit vermerkt. Ihre Anzahl dürfte jedoch jeweils um ein vielfaches höher sein und ist in ihrer Intensität nicht mit der Bearbeitung als OV oder OPK vergleichbar. Sie bleibt in der Regel zeitlich beschränkt ohne das MfS Maßnahmen zur Beeinflussung dieser Person einleitete.

I Die Anzahl der OV und OPK der BV Leipzig zwischen dem 31. Dezember 1988 und dem 30. September 1989

Datum	31.12.1988	31.03.1989	30.06.1989	30.09.1989
Gesamtzahl der Operativen Vorgänge	142	131	124	115
Anzahl der in OV bearbeiteten Personen	260	236	225	205
davon durch Kreisdienststellen bearbeitet		84[3]/171[2]		65[3]/129[2]
davon Kreisdienststelle Leipzig-Stadt		29[3]/67[2]		23[3]/55[2]
davon durch Abteilungen der BV Leipzig		47		50
davon: Abt. II [Spionageabwehr]		**6/7[2]**		**7/17[2]**
Abteilung VI [Paßkontrolleinheit]		3/19[2]		2/17[2]
Abteilung VII [MdI, Polizei]		4/4[2]		4/4[2]
Abteilung XV [Aufklärung]		**?**		**?**
Abteilung XVIII [Wirtschaft]		**5[3]/5[2]**		**4[3]/4[2]**
Abteilung XIX [Verkehr, Post]		4[3]/4[2]		5[3]/7[2]
Abteilung XX [Opposition, Kirche, Kultur]		**25[3]/24[2]**		**27[3]/27[2]**
Arbeitsgruppe XXII [Terrorismus]		**-/-[2]**		**1/-[2]**

[2] Die erste Zahl gibt hier die Anzahl der Operativen Vorgänge, die zweite Zahl die Anzahl der im OV bearbeiteten Personen an.

[3] Unter den hier genannten Operativen Vorgängen befinden sich folgende Pfarrer, Mitglieder kirchlicher Friedens- und Umweltgruppen und Oppositionelle:

verschiedene Kreisdienststellen: OV Anstifter (Christl. Umweltseminar Rötha),OV Apostel (Christian Sachse), OV Arche (Hannelore Teubner und die Umweltgruppe Arche), OV Fanal (Christian Denecke), OV Magdalena (Petra Hans und die Umweltbibliothek Altenburg) u.a.

KD Leipzig Stadt: OV Grün (Roland Quester und die Arbeitsgruppe Umweltschutz), OV Julius (Christoph Motzer/ Frank Richter und die Arbeitsgruppe Menschenrechte), OV Leben (Uwe Schwabe/ Frank Sellentin und die Initiativgruppe Leben),OV Lukas (Christoph Wonneberger und die Arbeitsgruppe Menschenrechte) u.a.

Abteilungen der BV Leipzig: OV Alfred (Michael Bartels und der Friedenskreis der ESG), OV Arche (Hannelore Teubner), OV Autor II (Erich Loest) OV Barbara (Dr. Ina Gille), OV Berater (Klaus Kaden, Arbeitsgruppe Umweltschutz, Kadenkreis und die Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreis Gerechtigkeit), OV Galerie (Gerd Lybke), OV Gedächtnis (Horst Grüger und die Arbeitsgruppe Friedensdienst), OV Heidu (Heidemarie Härtel), OV Igel (Christian Führer, AG Hoffnung und die Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreis Gerechtigkeit),OV Julia (Brigitte Moritz und die Arbeitsgruppe Friedensdienst)), OV Juris (Thomas Rudolph/ Kathrin Walther und der Arbeitskreis Gerechtigkeit), OV Kerze (Christian Dietrich), OV Kind (Petra Lux), OV Krake (Bernd Oehler, der Arbeitskreis solidarische Kirche und der Arbeitskreis Gerechtigkeit), OV Machwerk (Karim Saab), OV Maja (Martin Jankowsky), OV Maria (Enttarnte IMB Maria [Doren Penno] des Arbeitskreis Gerechtigkeit) OV Märtyrer (Rainer Müller und der Arbeitskreis Gerechtigkeit), OV Nica (Wilhelm Volks und die Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua), OV Pleiße (Michael Arnold und die Initiativgruppe Leben), OV Trompete (Jochen Läßig, Arbeitskreis Gerechtigkeit und Initiativgruppe Leben), TV Wespen (Gabriele Heide und die Frauen für den Frieden) u.a.

Datum	31.121988	31.03.1989	30.06.1989	30.09.1989
Gesamtzahl der OPK für die BV Leipzig	842	825	730	670
davon durch Kreisdienststellen bearbeitet		551[3]/127[2]		421[3]/130[2]
davon Kreisdienststelle Leipzig-Stadt		156[3]/14[2]		102[3]/10[2]

davon durch Abteilungen der BV Leipzig	274/112[2]	249/122[2]
davon: Abt. II [Spionageabwehr]	**44/20[2]**	**45/33[2]**
Abteilung III [Funkaufklärung]	2/-[2]	-/-[2]
Abteilung VI [Paßkontrolleinheiten]	27/4[2]	23/3[2]
Abteilung VII [MdI, Polizei]	30/16[2]	29/19[2]
Abteilung VIII [Beobachtung]	1/-[2]	1/-[2]
Abteilung IX [Chiffrierwesen]	5/3[2]	5/3[2]
Abteilung XV [Aufklärung]	?	?
Abteilung XVIII [Wirtschaft]	**61/17[2]**	**54/17[2]**
Abteilung XIX [Verkehr, Post]	35/12[2]	31/10[2]
Abteilung XX [Opposition, Kirche, Kultur]	**65[3]/40[2]**	**55[3]/37[2]**
Arbeitsgruppe XXII [Terrorismus]	**4/-[2]**	**4/-[2]**
Bezirkskoordinierungsgruppe (BKG)	-/-[2]	1/-[2]
Selbst. Referat Abwehr Wehrbezirkskommando	-/-[2]	1/-[2]

[2] Die ertse Zahl giebt hier die Anzahl der Operativen Personenkontrollen (OPK), die zweite Zahl die Anzahl der in einem Schwerpunktbereich (SPB) befindlichen OPK an.

[3] Unter den hier genannten Operativen Personenkontrollen befinden sich folgende Pfarrer, Mitglieder kirchlicher Umwelt- und Friedensgruppen und Oppositionelle:
OPK Advent (Uwe Rühle)OPK Anarchistin (Beate Schade, Arbeitskreis solidarische Kirche), OPK Bach (Pfarrer Ebeling), OPK Bekenner (Jürgen Tallig), OPK Binder (Wiebke Müller), OPK Blende (Johannes Beleites), OPK Diener (Reinhard Bohse), OPK Diestel (Hagen Findeis, AG Abgrenzung und Öffnung), OPK Dunkel (Stephan Sell, Arbeitskreis Gerechtigkeit), OPK Forschung (Sonja Schröter), OPK Gondel (Frank Koegel, Umweltgruppe Arche), OPK Labor (Dr. Steffen Kind, Arbeitskreis Gerechtigkeit) OPK Luft (Uwe Der, Initiativgruppe Leben),OPK Madonna (Gesine Oltmanns, Arbeitskreis Gerechtigkeit), OPK Meise (Kathrin Hattenhauer, Arbeitskreis Gerechtigkeit und Initiativgruppe Leben), OPK Missionar (Hans- Friedrich Fischer), OPK Nord (Peter Neuhäuser) OPK Opponent (Thomas Gerlach Arbeitskreis solidarische Kirche), OPK Pickel (Dr. Ingo Lohrisch, Arbeitskreis Gerechtigkeit), OPK Rauch (Hartmut Rüffert), OPK Rebekka (Bettina Dusdal), OPK Rechtler (Oliver Kloß, Arbeitsgruppe Menschenrechte), OPK Schmied (Ralph Sandmann, ESG), OPK Smarakt (Gisela Kallenbach, AG Umweltschutz), OPK Statik (Ernst Demele und die Initiativgruppe Leben),OPK Verräter (Andreas Ludwig, AG Umweltschutz und Arbeitskreis Gerechtigkeit), OPK Vertreter (Tobias Hollitzer, Arbeitsgruppe Umweltschutz), OPK Walze (Dr. Rudolf Mann, Arbeitskreis Gerechtigkeit) u.a.

II Die Anzahl der OV und OPK im Bezirk Dresden zwischen dem 31. Dezember 1987 und dem 31. Dezember 1988

Ein Berichtsbogen der Abteilung XII der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden von Anfang 1989 hält die Anzahl der OV und OPK für den Bezirk Dresden fest. Aus der Übersicht von Abgängen, Zugängen, Archivierungen etc. läßt sich die Anzahl der OV und OPK auch für das vorhergehende Jahr errechnen. Danach wurden im Bereich der BV Dresden folgende vorgangsbezogenen Unterlagen geführt:

Datum	31. Dezember 1987	31. Dezember 1988
Gesamtzahl der OV	180	162
davon in Kreisdienststellen	117	101
davon in Abt. der BV Dresden	63	61
Gesamtzahl der OPK	831	754
davon in Kreisdienststellen	617	559
davon in Abt. der BV Dresden	214	195

Von den 1988 beendeten Operativen Vorgängen wurden 40 mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und Haft beendet. Von den 1988 beendeten Operativen Personenkontrollen wurden 33 zum Operativen Vorgang entwickelt und 3 zu IM- Vorläufen.

Die Anzahl der Operativen Vorgänge der Abteilung XV [Aufklärung] der BV Dresden konnte nicht ermittelt werden.

Zu Benno Prieß: "Unschuldig in den Todeslagern des NKWD"

Benno Prieß

Unschuldig in den Todeslagern des NKWD 1946–1954

Torgau
Bautzen
Sachsenhausen
Waldheim



"Am 5. Mai 1946, morgens um 9.00 Uhr erschien ein Kommunist meiner Heimatstadt mit einer roten Binde am Ärmel und holte mich ab. Zu meinen Eltern sagte er, ich solle im Rathaus ein paar Aussagen machen." Aus dem kurzen Aufenthalt auf dem Rathaus wurden jedoch fast 8 Jahre. 'Erst am 30. Januar 1954 kam ich zurück aus den Lagern des sowjetischen NKWD und ihrer Ostdeutschen Helfer von politischer Polizei und Stasi.' Diese Sätze stammen nicht aus dem Drehbuch für einen modernen Horrorfilm. Sie sind auch nicht Beispiel für westdeutsche "Boykotthetze oder Kriegstreiberei" aus einem realsozialistischen Staatsbürgerkundelehrbuch. Sie sind pure Wirklichkeit. Der heute 63jährige Benno Prieß beschreibt seine Jugendjahre in den stalinistischen Lagern Ostdeutschlands. Am 5. Mai 1946 wurde der damals sechzehnjährige Benno Prieß abgeholt, wie es dann unter Verwandten und Bekannten immer hieß. Jahrelang wußten seine Eltern nicht, wo Benno geblieben war. 1949 durfte der mittlerweile neunzehnjährige eine erste zwölfzeilige Karte nach Hause schreiben. 1954 war Benno Prieß mittlerweile vierundzwanzigjährig - wieder daheim. In diesen 8 Jahren durchlebte er eine Odyssee durch die verschiedensten Lager des NKWD und ab 1949 durch die Lager der neu entstandenen politischen Polizei der jungen DDR. Neben Bautzen, Sachsenhausen und Torgau überlebte Benno Prieß auch einen wochenlangen Transport mitten im eisigen Winter 1947 im Güterwagen in die Sowjetunion. Rund 100 000 Ostdeutsche, die fast alle grundlos und keiner in einem rechtsstaatlichen Verfahren in die Lager der Ostzone kamen, überlebten diese Strapazen nicht.

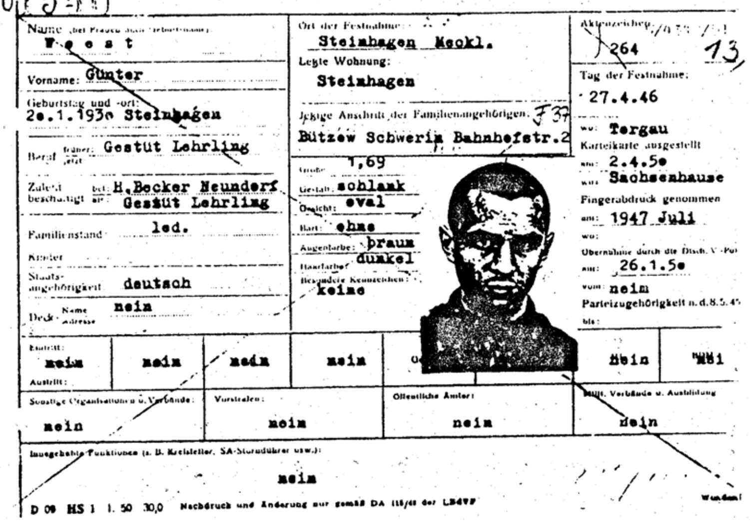
Benno Prieß hat nun seinen persönlichen Erlebnisbericht vorgelegt, Totenlisten und Karteikarten seiner damaligen Mitgefangenen gesammelt. Die von Prieß zusammengetragenen Dokumente belegen, daß er kein Einzelfall war. Die stalinistische Besatzungsmacht verschleppte nicht vereinigungswillige SPD- Genossen genauso wie 15 oder 16 Jahre alte Jungen und Mädchen. Von den rund 200 000 Verschleppten überlebte nur jeder Zweite die Haftzeit und viele starben zu früh an den Folgen der Lagerhaft. Einige der Verantwortlichen für diese stalinistischen Verbrechen in der DDR leben noch. Einige der Täter von damals wurden in Salzgitter erfaßt. Gerhard Finn[2] und Karl Wilhelm Fricke[3] haben die Lager und Gefägnisse und Namen von Tätern schon vor Jahren in Westdeutschland publiziert. Trotzdem hat es keinen Prozeß gegen einen von ihnen gegeben. Eine alte staatsphilosophische Weisheit sagt: "Ein Rechtsstaat, der nicht Recht spricht, ist kein Rechtsstaat". Die Politiker der Bonner Koalition sind aufgerufen endlich zu handeln. Sie schulden es den Opfern, die der Gleichschaltung widerstanden.

Das Buch von Benno Prieß ist über den Autor beziehbar (W- 7260 Calw, Brixener Weg 6).

---

[2] "Die politischen Häftlinge der Sowjetzone"; Pfaffenhofen 1960 und Köln 1989 und "Politischer Strafvollzug in der DDR"; Köln 1981

[3] "Politik und Justiz in der DDR"; Köln 1979



01559

Name: W e e s t
Vorname: Günter
Geburtstag und -ort: 2e.1.193e Steinhagen
Beruf früher: Gestüt Lehrling
Zuletzt beschäftigt bei: H.Becker Neunderf
als: Gestüt Lehrling
Familienstand: led.
Kinder
Staatsangehörigkeit: deutsch
Deck-Name Adresse: nein

Ort der Festnahme: Steinhagen Meckl.
Letzte Wohnung: Steinhagen
Jetzige Anschrift der Familienangehörigen: Bützew Schwerin Bahnhofstr.2 F37
Größe: 1,69
Gestalt: schlank
Gesicht: oval
Bart: ohne
Augenfarbe: braun
Haarfarbe: dunkel
Besondere Kennzeichen: keine

Aktenzeichen: 264 13
Tag der Festnahme: 27.4.46
wo: Torgau
Karteikarte ausgestellt am: 2.4.5e
wo: Sachsenhause
Fingerabdruck genommen am: 1947 Juli
wo:
Übernahme durch die Dtsch. V.-Pol am: 26.1.5e
vom: nein
Parteizugehörigkeit n.d.8.5.45
bis:

Eintritt: nein | nein | nein | nein | nein | nein
Austritt:

Sonstige Organisationen u. Verbände: nein
Vorstrafen: nein
Öffentliche Ämter: nein
Milit. Verbände u. Ausbildung: nein

Ausgeübte Funktionen (z. B. Kreisleiter, SA-Sturmführer usw.): nein

D 09 HS 1 1. 50 30,0 Nachdruck und Änderung nur gemäß DA 115/49 der LBdVP

Kopie einer Häftlingskartei aus der ersichtlich ist, daß der Internierte nicht einmal Mitglied der HJ war. Er starb am 23.3.1951.

Der Aktenbestand des Forschungszentrums an Befehlen und Weisungen der zentralen Ebene (sogenannte Mielke- Befehle)

Bei den sogenannten Mielke- Befehlen handelt es sich um Schreiben, Dienstanweisungen, Richtlinien, Befehle, Ordnungen, Durchführungsbestimmungen und Weisungen der zentralen Ebene des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie tragen seit den 70iger Jahren die MfS-interne Registriernummer 0008 und sind durchnummeriert. Vor der MfS-Registriernummer 0008 wird in der Regel die Geheimhaltungsstufe angegeben (VVS = Vertrauliche Verschlußsache, GVS = Geheime Verschlußsache, GKdos = Geheime Kommandosache). Nach der Geheimhaltungsstufe folgt die zumeist zeitlich fortlaufende Nummer der Ausgabe des Dokumentes und anschließend die letzten beiden Zahlen der Jahresangabe.

GVS	3493	53	Statut des Staatssekretariates für Staatssicherheit
GVS	365	54	Befehl Nr. 78/54 Strafverfahren gegen den ehemaligen Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit, den Verräter Rebenstock.
GVS	3300	55	Auswertung der Zentralen Auslandskartei der Abt. N
		55	Befehl Nr. 224/55 [Kenntnisnahme und Belehrung aller Mitarbeiter über die Verurteilung von B. u. S. Krüger(MfS) wegen Flucht nach BRD]
		55	Befehl Nr. 355/55
VVS	37	56	Befehl Nr. 356/55 [Kenntnisnahme und Belehrung aller Mitarbeiter über Todesstrafe von J. Schmidt (MfS) wegen Flucht nach BRD]
GVS	224	56	Statut für die Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit
		62	Befehl Nr. /62 [Verteilung der Zuständigkeiten der HA's an der Grenze zu Westberlin und Zusammenarbeit mit den Linien des MfS, Organen der Partei u. Staatsapparat]
GKdos	1	67	Direktive Nr. 1/67. Inhalt und Ziel der Mobilmachungsarbeit im Ministerium für Staatssicherheit, die Planung und Organisation der Mobilmachungsaufgaben und besonderer Maßnahmen der Vorbereitung des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Verteidigungszustand
GKdos	4	67	Durchführungsbestimmung Nr.1 über die spezifisch- operative Mobilmachungsarbeit im Ministerium für Staatssicherheit und in den nachgeordneten Diensteinheiten zur Direktive Nr. 1/67 des Ministers für Staatssicherheit
VVS	432	72	Dienstanweisung Nr. 1/72 Zur operativen Aufklärung und Kontrolle von Kadern sowie Kaderkandidaten des MdI und seiner Organe (ausgenommen Organe des Wehrersatzdienstes) der Koordinierung dieser Maßnahmen ...
VVS	808	74	Befehl Nr. 17/74 Zur politisch- operativen Sicherung der in der Deutschen Demokratischen Republik akkreditierten Publikationsorgane anderer Staaten, deren ständigen Korrespondenten sowie von Reisekorrespondenten ...
GVS	100	76	Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge
VVS	113	76	1. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/76 über die Registrierung Operativer Vorgänge (OV), die Erfassung von Personen und Objekten auf der Grundlage Operativer Vorgänge und die Führung der Vorgangsakten
GVS	2	78	Befehl Nr. 6/78 [Über die Gründung von AKGs in BVs]
GVS	1	79	Richtlinie Nr. 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)
VVS	28	79	Politisch- operative Sicherung von Veranstaltungen
GVS	9	80	Ordnung Nr. 9/80 zur Nutzung ausgewählter Informationsspeicher des MfS durch die operativen Diensteinheiten des MfS - Speichernutzungsordnung des MfS -
VVS	59	80	Informationsbedarf gemäß der Weisung des Genossen Minister vom 28.10. 1980, (VVS MfS 0008 Nr. 66/80)
VVS	63	80	[Informationen über getroffene Festlegungen und Verfahrensregelungen für den grenzüberschreitenden Personenverkehr zwischen der DDR und der VR Polen]
VVS	66	80	Maßnahmen im Zusammenhang mit der zeitweiligen Änderung der Modalitäten im Paß- und visafreien Reiseverkehr zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen
GVS	10	81	Richtlinie 1/81 über die operative Personenkontrolle (OPK)
VVS	68	81	Politisch-operative Erfordernisse zur Unterstützung der Durchsetzung vom Sekretariat des ZK der SED gefaßter Beschlüsse für die Arbeit mit auf literarischem Gebiet tätigen Personen
GVS	9	82	Anlage 5 M a ß n a h m e n zur Unterbindung öffentlichkeitswirksamer sogenannter Friedensaktivisten feindlich- negativer Kräfte in der DDR im Zeitraum Ostern 1982

VVS	41	82	2. Ergänzung zum Schreiben vom 28.10. 1980 - VVS MfS 0008- 66/80 - über Maßnahmen im Zusammenhang mit der zeitweiligen Änderung der Modalitäten im Paß- und visafreien Reiseverkehr zwischen der DDR und der VR Polen
GVS	1	83	Befehl Nr. 1/83 [Befehl zur Bildung der HA III, um den Elektronischen Kampf (ELOKA) zu vervollkommnen und zu qualifizieren]
VVS	6	83	2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 1/82 (VVS 0008- 19/82) Arbeit mit Sicherheitsbeauftragten
GVS	42	83	Befehl Nr. 17/83 über die politisch- operative Schulung der hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeiter
VVS	54	83	[Information über demonstrative Aktivitäten einer feindlich-negativen Gruppierung rechtswidrig um Übersiedlung ersuchender Personen im Bezirk Gera]
VVS	59	83	[Verhinderung der für den 30.Juli1983 geplanten öffentlichkeitswirksamen Provokation auf dem Platz der Kosmonauten in Jena]
VVS	60	83	Geplante Maßnahmen und Aktivitäten anläßlich des Atombombenabwurfs auf Hiroshima am 6. und 7. August 1983
VVS	71	83	[Unterstützung der 1. Sekretäre der Bezirks- u. Kreisleitungen der SED im Bereich Gewährleistung der inneren Sicherheit im pol. Apparat durch das MfS]
VVS	80	83	Befehl Nr. 7/83 über die Übertragung der Rechte und Pflichten einer Sektion der Hochschule des MfS an die Schule der Hauptverwaltung A
VVS	83	83	Ordnung Nr. 9/83 Zur Nutzung ausgewählter Informationsspeicher staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen
VVS	1835	83	Anlage 4 zur Dienstanweisung Nr. 2/83 - Verfügung Nr. 143/83 des Vorsitzenden des Ministerrates zur Gewährleistung des Vorgehens der Organe, Kombinate ...gesellschaftl.Org. zur Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern, Übersiedlung nach NSW zu erreichen
VVS	1838	83	Anlage 2 zur Dienstanweisung Nr. 2/83
VVS	1860	83	Politisch- operative Maßnahmen im Zusammenhang mit(20.12.83) mit dem Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR und dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen der BRD
GVS	11	84	Befehl Nr. 11/84 zur politisch- operativen Sicherung von Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben für moderne, strategisch bedeutsame Waffensysteme
VVS	13	84	[Verhinderung/Bekämpfung der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit und der polit. Untergrundtätigkeit]
VVS	14	84	[Information über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens u. Aufhebung des Haftbefehls gegen Bohley u. U.Poppe aus pol. Gründen - 24.1.84]
VVS	15	84	[Übersiedlungsersuchende entfalten in Berlin Aktivitäten, die für die DDR zu politisch-nachteiligen Auswirkungen geführt haben]
VVS	43	84	[Referat zu ausgewählten Fragen u. Problemen der pol.-operativen Arbeit der Führung u. Leitung (nur S.105,118,119 vorhanden)]
VVS	45	84	Orientierung zur Strafverfolgung bei Aktivitäten zur Erreichung der Übersiedlung im Zusammenhang mit diplomatischen Vertretungen nichtsozialistischer Staaten
VVS	67	84	4. Ergänzung zum Schreiben vom 28. Oktober 1980 - VVS MfS 0008- 66/80 - über Maßnahmen im Zusammenhang mit der zeitweiligen Änderung der Modalitäten im Paß- und visafreien Reiseverkehr zwischen der DDR und der VR Polen
VVS	78	84	Nachschlagmaterial zur Bekämpfung von Geiselnahmen/Entführungen durch territoriale Diensteinheiten des MfS
VVS	79	84	Vorläufige Festlegungen für die Realisierung von Maßnahmen der Auftragsfahndung und der Speicherüberprüfung in den Abteilungen M
VVS	128	84	Befehl Nr. 22/84 Zentrale Erfassung von schriftlichen Materialien zu Personen und Sachverhalten sowie von gegenständlichen Zeugnissen des antifaschistischen Widerstandskampfes im MfS (1933- 1945)
GVS	6	85	2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie Nr. 1/76 über die Bearbeitung Zentraler Operativer Vorgänge (ZOV)
GVS	11	85	Dienstanweisung Nr. 5/85 Zur politisch- operativen Arbeit im Organ Strafvollzug des MdI
VVS	78	85	[Die Botschafter der USA wurden durch den Außenminister der USA unter Berufung auf das Staatsgesetz 98-447 vom 4.10.1984 beauftragt, ... -Hinweise auf die Anwendung von Foltermaßnahmen, geheime Festnahmen, ..., zu sammeln und zu überprüfen ...]

GVS	9	86	Ordung Nr. 6/86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des MfS - Oibe- Ordnung -
GVS	10	86	1. Durchführungsbestimmung zur Ordnung Nr. 6/86
GVS	11	86	2. Durchführungsbestimmung zur Ordnung Nr. 6/86
VVS	24	86	Befehl Nr. 7/86 Politisch- operative Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Volkskammer der DDR, zur Stadtverordnetenversammlung von Berlin Hauptstadt der DDR und zu den Bezirkstagen
VVS	28	86	Beabsichtigte provokatorisch- demonstrative Vorhaben feindlich- negativer Kräfte im Zusammenhang mit dem XI. Parteitag der SED
GVS	32	86	Ordnung Nr. 10/86 über den Einsatz von U- Mitarbeitern im MfS - U-Mitarbeiter-Ordnung -
VVS	33	86	Überprüfung von ausgewählten Wahllokalen, die von akkreditierten NSW-Journalisten am 8.6. 1986 aufgesucht werden können gemäß Befehl 7/86
GVS	41	86	Zentrale Planvorgabe für 1986 und den Zeitraum bis 1990 Band I
GVS	41	86	dassel. Band II
GVS	43	86	Übersiedlung von Strafgefangenen in die BRD
GVS	44	86	2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie Nr. 1/79 über die Arbeit mit hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern des MfS (HIM)
GVS	46	86	Maßnahmen zur Durchsetzung der generellen Einsatzrichtungen für hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter des MfS (HIM) entsprechend der 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie Nr. 1/79 sowie der Führung ...
GVS	47	86	Befehl Nr. 9/86 [über die Durchsuchung von Postsendungen durch die Abteilungen M]
VVS	56	86	Durchführung differenzierter operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zu Mitgliedern der Partei Die Grünen und der Alternativen Liste/ Westberlin während ihres Aufenthaltes auf dem Gebiet der DDR
VVS	57	86	[In der Nacht vom 27. zum 28.10.1986 wurde in Ceske Budjovice (CSSR) eine Plastikbombe zur Explosion gebracht ...]
VVS	68	86	Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, besonders sogenannter Punker, innerhalb der DDR und Maßnahmen zur polit.-operat. Bearbeitung dieses Personenkreises.
GVS	4	87	Dienstanweisung Nr. 3/87 Das politisch- operative Zusammenwirken zwischen den Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit und dem Bereich Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung
GVS	26	87	2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 2/57. Die politisch-operative Sicherung des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei
VVS	30	87	5. Ergänzung zu meinem Schreiben vom 28. Oktober 1980 - VVS MfS 0008-66/80-über Maßnahmen im Zusammenhang mit der zeitweiligen Änderung der Modalitäten im Paß- und visafreien Reiseverkehr zwischen der DDR und der VR Polen
VVS	51	87	[In der Anlage übersende ich Ihnen eine Information über die Sendereihe "Radio Glasnost - außer Kontrolle" des Westberliner privaten Rundfunksenders "Radio 100"]
VVS	66	87	1. Durchführungsbestimmung zur Ordnung Nr. ..?.../87 über die Arbeit mit Struktur- und Stellenplänen im Ministerium für Staatssicherheit - Struktur- und Stellenplanordnung -
VVS	75	87	[Die Aktivitäten westl. Feindorganisationen, deren öffentliche Aktionen und die Auswirkungen dessen auf DDR-Bürger]
GVS	21	88	Zentrale Planvorgabe für 1989
GVS	41	88	Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der KD u. deren Führung u. Leitung (Manuskript)
GVS	41	88	Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) Band 2 (26. Oktober 1988)
VVS	54	88	[In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der DDR reisten die Exponenten des pol. Untergrundes, Bärbel Bohley und Werner Fischer, am 5.2.1988 unter Beibehaltung der Staatsbürgerschaft der DDR nach der BRD aus]
VVS	62	88	[Zur Gewährleistung des einheitlichen Vorgehens gegen Personen die zur Erzwingung der Übersiedlung öffentlich Symbole oder andere Zeichen in einer staatlichen Interessen widersprechenden Weise verwenden]
VVS	68	88	Dienstanweisung Nr. 1/88 zur Vorbereitung und Durchführung operativer Fahndungen

VVS	72	88	[Weisung Mielkes zum Umgang der KD u. BV (Linie XX) mit antisoz. Druckerzeugnissen und der Erstellung von Auskunftsberichten darüber]
VVS	82	88	Bildung des Verbandes der Freidenker in der DDR
	Entw.	89	[Entwurf]Dienstanweisung Nr. /89 zur Einleitung und Realisierung operativer Ermittlungen
GVS	1	89	2. Ergänzung zur 3. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 2/81 vom 01.07.1981, GVS MfS o008- 8/81
VVS	3	89	Orientierendes Material zur weiteren Erhöhung der operativen Wirksamkeit der Arbeit mit der VSH- Kartei in den operativen Diensteinheiten, VVS MfS 0008- 3/89
VVS	7	89	[Information über das Wiener KSZE-Folgetreffen]
VVS	13	89	Personenbezogene Datenspeicher der örtlichen und zentralen Staatsorgane unter Nutzung der EDV
GVS	25	89	Reduzierung des Bestandes an dienstlichen (6.11.89) Bestimmungen und Weisungen in den Kreisdienststellen/ Objektdienststellen
VVS	38	89	Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung von(19.05.89) Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989
VVS	46	89	[Die jüngste Entwicklung im Innern der DDR ist gekennzeichnet durch eine erhebliche Zunahme von Versuchen der Organisierung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer provokat.- demonstr. Handlungen seitens feindl., opp. u. anderer neg. Personenkreise]
VVS	65	89	[Konsequente Unterbindung von Bestrebungen feindl. opp. Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen]
VVS	69	89	[Fernschreiben von Honecker an die 1. Sekretäre der BL der SED über sofortige Zusammenkunft der BEL mit kurzer Anweisung dazu von Mielke]
VVS	71	89	[Anweisungen zur Eisatzbereitschaft aufgrund der Verschärfung der inneren politisch-operativen Lage]
VVS	76	89	[Telegramm von Mielke mit Anweisungen für in Zusammenhang mit dem Leipziger Montagsgebet in anderen Städten stattfindenden Unterstützeraktionen]
VVS	79	89	[Fernschreiben von Egon Krenz an alle 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen]
VVS	80	89	[Dank für hohe Einsatzbereitschaft, interne logistische Anweisungen]
VVS	84	89	Aufgabenstellungen zur verstärkten Gewährleistung einer hohen Sicherheit an den Dienstobjekten der Bezirksverwaltungen, Kreisdienststellen/ Objektdienststellen
VVS	87	89	[Anlage zur Orientierung ... im Zusammenhang mit Verfahrensfragen bei Anmeldung zur Gründung von Vereinigungen ...]
VVS	90	89	Reduzierung des Bestandes der dienstlichen Bestimmungen und Weisungen des MfS auf den für die Gewährleistung der Arbeit des Amtes für Nationale Sicherheit erforderlichen Mindestbestand